

Wie lange noch?

Wir, Kolleginnen und Kollegen aus Münchner Betrieben und Dienststellen, fragen Euch angesichts der Corona-Krise:

Wie lange noch?

Millionen von uns arbeiten weiter in Fabriken auf engstem Raum ungeschützt für eine Produktion, die nicht der Grundversorgung der Bevölkerung dient, sondern nur den Aktienkursen und Gewinnen.

Wie lange noch?

Unzählige Lohnabhängige werden gezwungen, „freiwillig“ in Freizeit, Urlaub oder gar Urlaub ohne Bezahlung zu gehen. Anderen wird gleich die Kündigung in die Hand gedrückt. BMW und andere milliardenschwere Großkonzerne nutzen die Lage, um mit Kurzarbeitergeld auf Kosten unserer Arbeitslosenstellen und Steuern ihre Profitziele aufzupolieren. Sie schließen nicht einmal aus, dass ein Teil der Arbeiter (z.B. bei BMW) weiter produzieren muss. Damit nicht genug: Die den Kapitalisten versprochenen Hilfgelder nähern sich der Summe von einer Billion Euro.

Wir dagegen zahlen alles und haben per Allgemeinverfügung das Totalverbot, uns zu treffen, um uns für unsere Forderungen in der „Coronakrise“ zu organisieren – geschweige denn zu demonstrieren.

Wie lange noch? Bis 19. April? bis 1. Mai??

Monatelang?

Die Stimme einer Krankenschwester:

All jenen, die sich jetzt bedanken bei uns dem Krankenhauspersonal, die uns jetzt loben und beklatschen, möchte ich sagen: ja freut uns! Aber was wir von Euch allen wirklich brauchen, ist, dass Ihr Euch an unsere Seite stellt, im Kampf gegen die Privatisierung des Gesundheitswesens, im Kampf dagegen, dass unsere Krankenkassenbeiträge den Beraterfirmen, der Pharmaindustrie und den Profiteuren der Privatkliniken in den Rachen geworfen werden, anstatt in unsere Gesundheitsversorgung. Wer es uns bis jetzt nicht geglaubt hat, der sieht es jetzt: Privatisierung tötet. Privatisierung sorgt dafür, dass die kommunalen Häuser in einen Konkurrenzkampf getrieben werden, den sie nicht überstehen können. Und mit ihnen wir, das Personal. Auf unseren Rücken wird das seit Jahren ausgetragen. Seit Jahren weiß es doch jede*r: wir sind am Ende unserer Kräfte, wir können schon lange nicht mehr unsere Patient*innen – also Euch alle – so versorgen, wie wir es gelernt haben. Jetzt gibt es für uns nicht einmal mehr genug Schutzkleidung, nicht genug Testungsmöglichkeiten. Wir wissen, dass für uns die nächsten Wochen und Monate das Arbeitszeitgesetz, der Gesundheitsschutz keine Gültigkeit haben wird.

Deswegen: liebe Kolleg*innen von BMW und MAN, von EDEKA und REWE, liebe Lehrer*innen und Busfahrer*innen, liebe Kolleg*innen von der Post und von allen anderen Betrieben, stellt Euch an unserer Seite, lasst uns gemeinsam für ein gutes Gesundheitssystem streiken, denn Kundgebungen, Appelle, Petitionen gab es die letzten Jahre zu Genüge, das Ergebnis können jetzt alle sehen.

Lasst uns aufhören an den Symptomen herumzudoktern, lasst uns das Übel an den Wurzeln packen: die Privatisierung!

Ingrid Greif, Krankenschwester

Die Arbeiterinnen und Arbeiter anderer Länder antworten:

Italien: Nachdem Herr Conte den Ausnahmezustand verkündet hatte, sind Arbeiter im Fiat-Chrysler-Werk in Pomigliano bei Neapel in den Streik getreten. Sie weigern sich, luxuriöse Alfa-Romeos für Nichtsteuer zu bauen, und das in verdreckten Hallen, die für jedes Virus ein Schlaraffenland sind. Seither streiken auch an anderen Orten Arbeiter für den Stop der Fabrikation von unsinnigem kapitalistischen Ramsch und für eine bessere Bekämpfung der Seuche. Überall in Italien flammen Streiks auf. Im lombardischen Brescia streiken Arbeiter für ein besseres Gesundheitswesen und saubere Arbeitsbedingungen. Sie sagen: „Wir sind kein Schlachtabfall“.

Österreich: In Linz haben Schichtarbeiter am Mittwochfrüh für rund zwei Stunden vor einem Betriebsgelände gegen das laut ihrer Auffassung „unverantwortliche Verhalten der Firmenleitung“ in der Corona-Krise gestreikt. Die MitarbeiterInnen des Unternehmens im Linzer Stadtteil Bindermichl-Keferfeld haben vor dem Betriebsgelände gegen die Vorgehensweise ihrer Unternehmensleitung in der derzeit herrschenden Coronakrise protestiert. Laut ihren Angaben sei das Verhalten der Firmenleitung unverantwortlich. Die Streikenden befürchten gesundheitliche Folgen, da in ihrem Unternehmen bislang offenbar keine Vorsorgemaßnahmen getroffen wurden. Eine fragwürdige Rolle sollen dabei Betriebsrat und Produktionsleiter gespielt haben. Auf deren Anraten sei die Arbeit dann am frühen Vormittag „unter Protest“ wieder aufgenommen worden.

Ähnliche Maßnahmen hatten Teile der Belegschaft eines Unternehmens in Ried im Innkreis zuvor bereits am Dienstag angekündigt. Dort waren die Proteste erfolgreich: Wenig später verlautete die Betriebsleitung des Herstellungsbetriebes, dass ab Mittwoch große Teile der Belegschaft in einen zweiwöchigen Betriebsurlaub geschickt würden. (Quelle: laumat.at)

Schweiz: Auch in der Schweiz haben erste Streiks begonnen. So haben am Dienstag Bauarbeiter am Genfer Flughafen spontan die Arbeit niederlegt, berichtet 20min.ch. „Wir sind 130 auf der Baustelle, es gibt keine Seife in den Toiletten, unter den Arbeitern könnte es Erkrankungen geben, wir wollen nur uns und unsere Lieben schützen“, sagt ein Arbeiter. 30 Kollegen haben sich daher am Dienstag früh geweigert, weiter zu arbeiten.

JETZT

ist die Zeit, alles neu zu denken.

Aus „niemals“ wird

HEUTE NOCH!

Kollegen vom Fahrdienst der MVG

Als Fahrer des öffentlichen Nahverkehrs sind wir unverzichtbar zur Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Grundversorgung. Wir fahren nach wie vor täglich zigtausende Fahrgäste, deren Schutz ebenso sträflich vernachlässigt wird wie unser eigener Schutz vor Infektionen. Die Geschäftsleitung vernachlässigt ihre gesetzliche Fürsorgepflicht, indem

- Trambahnen mit offenem Fahrerstand zum Einsatz kommen (R 2)
- weder Fahrgasträume noch Fahrerstände regelmäßig desinfiziert werden
- keine Ausgabe von medizinischen Schutzhandschuhen an die Fahrer erfolgt

Unter diesen Umständen halten wir die weitere Ausübung des Fahrdienstes gegenüber der Bevölkerung sowie unseren Familien, Freunden und Kollegen gegenüber für unverantwortlich.

Ein Kollege im Außendienst am Flughafen München

Das einzig Gute: Wir haben weniger zu tun. Es sind aber auch weniger Kollegen da. Letzte Woche sind alle Leiharbeiter entlassen worden. Viele Kollegen müssen daheim ihre Überstunden abbauen. Über Kurzarbeit verhandeln sie gerade.

Wir nehmen die Koffer in die Hand, die aus aller Welt kommen, wir laden sie aus dem Flugzeugauch aus. Bis Anfang der Woche landete noch AirChina, auch arabische Linien starten und landen bei uns. Wir hätten gerne wenigstens Informationen, ob die Fracht, die Koffer, desinfiziert worden sind. Wir arbeiten ohne Mundschutz, wir haben kein Desinfektionsmittel, nicht mal auf der Toilette. In unserer hauseigenen Akademie in Schwaig gibt es aber welches auf den Toiletten.

Wir haben den Eindruck, wir sind bloß nützliche Kakerlaken. Man braucht uns, muss sich aber nicht um unsere Gesundheit kümmern. Ist ja bloß Niedriglohnssektor.

BMW: Da läuft der Hase

Während in Italien die Arbeiter um die Schließungen kämpfen müssen, wird sie hier vom Monopolkapital vollzogen. Warum? Sind die deutschen Kapitalisten größere Menschenfreunde? BMW-Chef Oliver Zipse sagte in München am 18.3. bei der Pressekonferenz, „viele Händler in Europa hätten jetzt bereits geschlossen. Die Nachfrage nach Autos sinke deutlich. Deshalb fahre BMW alle Werke in Europa und Südafrika für vier Wochen herunter, voraussichtlich bis 19. April ruhe die Produktion. Betroffen seien rund 30.000 Mitarbeiter.“ (www.stimme.de/deutschland-welt/wirtschaft/wt/Virus-legt-die-Auto-industrie-lahm;art270,4336021).

Da läuft der Hase. Die Kapitalisten nutzen die willkommene Gelegenheit, die Kurzarbeit zu nutzen, um ihre Krise auf uns abzuwälzen. Der Kampf muss also dringend weiter gehen auch wenn die Bude dicht ist. Aus *Roter Elefant, Betriebszeitung des Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD für BMW München*

Eine werktätige Mutter zu Schul- und Kitaschließungen

Das ökonomische Risiko und das organisatorische Problem wurde damit voll den Eltern aufgehalst. Wir Eltern wurden nicht gefragt, ob wir unseren Kindern einen eigenen internetfähigen Rechner zur Verfügung stellen können. Kinder, ohne vernünftige Möglichkeit, sich in das Portal einzuloggen, werden abgehängt. Öffentliche Bibliotheken, die bisher allen Kindern Internetzugang garantierten, sind ebenfalls geschlossen. Viele Eltern müssen zudem im Homeoffice arbeiten, benötigen selber dafür einen Rechner, der dann schon einmal nicht

für den Fernunterricht des Kindes zur Verfügung steht.

Mit den Kindern wurde der Umgang mit dem Lernportal nie geübt. Seit Montag allerdings ist auch das kaum notwendig, da die Server von mebis meist überlastet sind, angeblich durch Hackerangriffe, wahrscheinlich aber durch Zugriffsversuche von Hunderttausenden Schülern.

Ein weiteres Problem ist die Betreuung der Kinder. Wenn entweder Homeoffice nicht geht oder das mit kleinen Kindern zuhause unrealistisch ist, liegt das Risiko dafür voll bei uns Eltern. Wären wir als Verdachtsfall in Quarantäne, bekämen wir volle Lohnfortzahlung, so aber bekommen wir nichts.

Die Bayerische Staatsregierung verspricht der Industrie Milliarden. Eltern kleinerer Kinder werden alleine gelassen. Wenn ich keine Betreuung (natürlich nicht die Oma) organisieren kann, dann kann ich nicht arbeiten, muss meinen Urlaub aufbrauchen, den ich im Sommer zur regulären KiTa-Schließung aber wieder brauche, ich soll Überstunden abbauen, die ich gar nicht habe, schlussendlich muss ich unbezahlten Urlaub nehmen. Es braucht dringend eine Lösung für Familien mit kleinen Kindern, damit Eltern keine finanziellen Einbußen haben, wenn sie ihre Kinder betreuen müssen und sich nebenbei noch um den Fernunterricht der Größeren kümmern sollen. Umfassender Kündigungsschutz! Volle Lohnfortzahlung für alle!

Aus der Praxis eines Allgemeinarztes

... Schutzkleidung oder Atemmasken Mangelware, die Praxis wird zum Callcenter für verunsicherte bis durchdrehende Patienten, wenig Klarheit zum Prozedere, ungeeignete Strukturen für Testung, Anweisungen – unverständlich und nicht praktikabel, weil ein verworrenes System zur Lenkung und Minderung der Pandemie agiert. Ein System, das sich den Gesetzmäßigkeiten der Kapitalisten verschrieben hat: Klinikeigner bedienen Aktionäre, Pharmakonzerne verkaufen geringfügig veränderte Präparate als Neumedikamente zu Horropreisen, die Herstellung wird zur Billigproduktion ausgelagert, Operationen unterliegen den Marktpreisen, Alte und Pflegebedürftige werden notdürftig versorgt, damit die Rendite stimmt. Das Prinzip lautet: Materieller Gewinn vor Mensch mit allen Funktionen der Ausbeutung.

Ein Klinik-Arzt

Wir haben in München schon ohne den Andrang von zusätzlichen Covid-19-Erkrankten – nicht genügend Personal zur Verfügung, um die vorhandenen Bettenkapazitäten zu nutzen. Kliniken müssen sich auch ohne eine Epidemie schon ständig von der Notfallversorgung abmelden, weil sie ausgelastet sind. Gesundheitsversorgung ist Daseinsvorsorge. Krankenhäuser und ihre Personalausstattung müssten endlich demokratisch geplant und betrieben werden. Nämlich so, wie sie für eine qualitativ gleichwertige Versorgung gebraucht werden und nicht primär so, dass der Träger mit ihnen möglichst hohe Gewinne erwirtschaften kann.

Bündnis Krankenhaus statt Fabrik

Die Aussage von Minister Spahn, unser Gesundheitssystem sei auf die neuen Herausforderungen gut vorbereitet, ist eine krasse Fehldiagnose. Auch wenn Panikmache vollkommen unangebracht ist, hält diese uneingeschränkte Einschätzung einem Faktencheck nicht stand:

- Unsere Krankenhäuser sind auf ökonomische Effizienz getrimmt. Und da das Finanzierungssystem über Fallpauschalen nur erbrachte Leistungen bezahlt, für das Vorhalten von Betten und Therapiekapazitäten für den Not- oder Katastrophenfall aber

keine Mittel bereitstellt, werden solche Situationen in der Planung der Klinikabläufe auch nicht ausreichend berücksichtigt.

- Landauf landab werden in zunehmendem Ausmaß in vielen Krankenhäusern Betten – auch auf Intensivstationen – gesperrt, weil – schon ohne den Andrang von zusätzlichen Covid-19-Erkrankten – nicht genügend Pflegekräfte zur Verfügung stehen, um die Patienten bei den vorhandenen Bettenkapazitäten angemessen zu versorgen. Für die Versorgung schwerkranker Covid-19-PatientInnen stehen also in Wirklichkeit weniger Betten zur Verfügung als dies aus den Krankenhausstatistiken herauszulesen ist.
- Im Zeitalter der DRG-Finanzierung ersetzt zunehmend die betriebswirtschaftliche Bilanz der Krankenhäuser die eigentlich auf Landesebene erforderliche Planung der Krankenhausstruktur nach Versorgungsgesichtspunkten. Daher werden Krankenhäuser ganz willkürlich geschlossen, wenn sie über mehrere Jahre ein Defizit erwirtschaftet haben. So ist schon heute die Versorgung der ländlichen Bevölkerung mit Kinderkliniken und Geburtshilfeabteilungen nicht mehr ausreichend gewährleistet. Zusätzliche Anforderungen durch die Corona-Pandemie werden diese Unterversorgung in ländlichen Regionen dramatisch verschärfen.

Die aktuelle Entscheidung des Gesundheitsministers, die gerade erst eingeführten und eigentlich viel zu niedrigen Pflegepersonaluntergrenzen anlässlich der Zusatzbelastung unseres Gesundheitssystems durch die Corona-Pandemie vorübergehend außer Kraft zu setzen, demonstriert diesen Widerspruch: Da wir in den Krankenhäusern zu wenig Fachpersonal haben, müssen Bettenkapazitäten gesperrt werden. Wenn die Patientenzahlen aber in einer Notsituation zusätzlich steigen, werden diese Missstände nicht nur wieder geduldet, sondern weiter verschärft, um noch mehr Patient*innen als bisher durch die Klinikbetten zu schleusen. Die Aussage von Minister Spahn, unser Gesundheitssystem sei auf die neuen Herausforderungen gut vorbereitet, ist also eine krasse Fehldiagnose.

Wir vom Bündnis Krankenhaus statt Fabrik fordern daher, endlich unsere Krankenhäuser wieder funktionsfähig zu machen für eine Daseinsvorsorge ohne jede Einschränkung.

Aus der Medieninformation des Bündnis Krankenhaus statt Fabrik

Gegen alle Handlungsempfehlungen: Termine im ATIK-Prozess bleiben

Im fragwürdigen „Münchener Kommunistenprozess“ kommt es zu einer Gefährdung der Prozessteilnehmer*innen und der Allgemeinheit. In dem Verfahren stehen seit Juni 2016 zehn angebliche Mitglieder der Kommunistischen Partei der Türkei/ML (TKP/ML), darunter ein Nürnberger Ärzteeaar, wegen Bildung einer ausländischen terroristischen Vereinigung vor Gericht. Der zuständige Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts (OLG) München will trotz der Corona-Pandemie noch nicht einmal für kurze Zeit das Massenverfahren mit mehr als 50 Personen, die aus dem ganzen Bundesgebiet anreisen, unterbrechen.

Diese Entscheidung setzt mehrere Personen aus Risikogruppen einer Ansteckungsgefahr aus und schafft aufgrund der weiten Reisewege die Gefahr neuer, unkontrollierbarer Infektionsketten. Gerade um diese zu verhindern, steht derzeit fast das gesamte Land still – mit großen wirtschaftlichen Schäden. Dabei ignoriert das Gericht alle Maßnahmen, die von der Bundes- und Landesregierung zur Eindämmung der Pandemie und damit zum Schutz von Leib und Leben der Bevölkerung beschlossen werden. Deshalb ist aus Sicht der Verteidigung die Fortsetzung des Verfahrens in der derzeitigen Situation unverantwortlich:

- Die Hauptverhandlung findet im Saal 101 des OLG München statt. Regelmäßig sind in dem Großverfahren inklusive Dolmetscher und Wachpersonal mehr als 56 Personen auf engs-

tem Raum anwesend.

- Der größte Teil der zehn Angeklagten, zwanzig Verteidiger*innen und zehn Vertrauensdolmetscher*innen reist zu jedem Prozesstag durch das gesamte Bundesgebiet per Bahn bzw. Flugzeug an. (Die Zahlen stellen sich wie folgt dar: 1 Haft in München, 8 NRW, 7 Hessen, 6 Nürnberg, 6 Berlin, 6 Baden-Württemberg, 1 Schleswig-Holstein, 1 Hamburg, 3 Ausland).
- Drei der Angeklagten müssen jeweils aus dem Ausland anreisen (Schweiz, Liechtenstein und Frankreich).
- Ein Teil der Angeklagten, wie auch der Verteidiger gehört im Falle einer Erkrankung mit COVID-19 zur (Hoch)risikogruppe, aus Altersgründen, aus Gründen – teils erheblicher – Vorerkrankungen und aus Gründen aktueller schwerwiegender Erkrankungen bzw. deren Nachwirkungen, die während der enorm langen Verfahrensdauer aufgetreten sind.
- Die Angeklagten werden beim Betreten des Gerichtsgebäudes jeweils durch einen Justizvollzugsbeamten mit direktem Körperkontakt durchsucht.
- Die Verhandlung findet im Strafjustizzentrum München statt, das jeden Tag von mehr als 1.000 Personen betreten wird.

Am Montag den 16.03.2020 erreichte die Verteidiger die Entscheidung des Vorsitzenden des 7. Strafsenats, Dr. Dauster, dass am Mittwoch, den 18. März 2020, sowie noch vor der Osterpause am 23., 24., 30., 31. März 2020 und am 1. April 2020 verhandelt werden soll. In der Begründung heißt es, dass der Senat 'das Risiko für die Verfahrensbeteiligten aufgrund der Corona-Pandemie mit dem Strafverfolgungsinteresse des Staates, dem Beschleunigungsgebot und dem Recht der Angeklagten auf ein zügiges Verfahren' abgewogen habe (...). (aus der Presseinformation der Verteidigerinnen und Verteidiger im Münchner Kommunistenprozess gegen mutmaßliche Mitglieder der TKP/ML)

Flüchtlinge besonders von Corona bedroht

Flüchtlinge sind aufgrund der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften und ANKER-Zentren besonders von einer Infektion mit dem Coronavirus bedroht. Ist er erst einmal in solchen Unterkünften angekommen, lässt sich ein Überspringen auf andere Bewohner*innen kaum mehr verhindern. Weder kann ein Sicherheitsabstand eingehalten werden, noch können soziale Kontakte vermieden werden. Wer sich Gemeinschaftsküchen teilt, in Mehrbettzimmern wohnt, aus derselben Kantine versorgt wird und die Sanitäreinrichtungen gemeinsam nutzt, ist immer mit anderen Menschen in Kontakt. Zudem müssen Flüchtlinge zum Interview beim BAMF und zu Verhandlungen bei den Verwaltungsgerichten, regelmäßig haben sie Termine bei Ausländerbehörden und Sozialämtern.

Überall treffen Flüchtlinge auf eine große Zahl weiterer Flüchtlinge, sowie auf Mitarbeiter*innen aus Behörden, Unterkunftsverwaltung, Sicherheitsdiensten, Richter*innen, Dolmetscher*innen, und sonstigem Personal. Um eine ungehinderte Ausbreitung des Coronavirus' zu verhindern, fordert der Bayerische Flüchtlingsrat, die Gesundheitsversorgung, Information und Betreuung sicherzustellen, alle Termine abzusagen, Fristsetzungen aufzuheben, den aktuellen Verfahrensstand beizubehalten und Abschiebungen auszusetzen.

Aus der Medieninformation des Bayerischen Flüchtlingsrats

UNSERE HOMEPAGE

revolutionaere-front-muenchen.com

wird laufend aktualisiert mit Stellungnahmen von Kolleg*innen Initiativen, Organisationen, die nicht von der Seuche Volksgemeinschaft angesteckt sind. Lest, schickt uns Eure Informationen, schreibt selbst an:

wirwerdensiegen@mailbox.org

Wir haben **Professor Dr. Michael Lichtwarck-Aschoff, Intensivmediziner** und uns verbunden durch viele antifaschistische Aktionen, um einen Beitrag für unser Flugblatt gebeten. Hier seine Antwort:

Jede Seuche hat einen Vater und eine Mutter

Der leibliche Vater einer Seuche kann ein Bakterium sein (wie z.B. die Erreger von Cholera, Typhus oder Pest), oder eben ein Virus. Das neue Coronavirus.

Die Mutter der Seuche ist die Gesellschaft, in der so ein Virus sich verbreitet. Eine Gesellschaft, in der die Dummheit, die Unfähigkeit und die Schwäche herrschen, kann sich schlecht gegen ein Virus wehren. Ein Virus, auch das neue Coronavirus, ist immer nur genau so gefährlich, wie eine Gesellschaft es zulässt. Der Vater der Seuche ist das Corona-Virus. Seine Mutter ist der Kapitalismus.

Fangen wir mit der Biologie an.

Die Familie der Corona-Viren ist eine Sippe, auf die unserem Immunsystem sich schon lang gut eingestellt hat: Circa 10-15% aller Erkältungskrankheiten und viele Magen-Darm-„Grippen“ werden von Mitgliedern der Corona-Familie hervorgerufen.

Das neue Corona-Virus hat eine Fähigkeit entwickelt, die die anderen nicht haben: Mit dem „Stachel“, auf dessen Spitze das namensgebende „Krönchen“ sitzt, verbindet es sich ungewöhnlich fest (ca 10 mal fester als die alten Corona-Viren) mit der menschlichen Zelloberfläche und bringt viele unterschiedliche Zellen – der Atemwege, des Darms, der Leber – dazu, sich für das Virus zu öffnen.

Diese neue Fähigkeit macht das Corona-Virus gefährlicher, als die altbekannten Erkältungs-Corona-Viren: Das neue Virus haftet besser an menschlichen Zellen, vermehrt sich effektiver, verbreitet sich somit rascher von Mensch zu Mensch und kann neben den Atemwegen und der Lunge bei schwerem Verlauf auch andere Organe befallen. Auch Grippe-Viren, die allerdings zu einer anderen Viren-Familie gehören, fordern jedes Jahr wieder viele Tote. Auch da trifft es meistens, aber keineswegs immer, ältere Menschen mit Vorerkrankungen. Grippeviren unterscheiden sich allerdings in wichtigen Punkten vom neuen Corona-Virus: Die Zeit von der Ansteckung bis zum vollen Ausbruch der Grippe ist kurz, während ein mit dem neuen Corona-Virus Infizierter ca 5 (bis zu 14) Tage keine Symptome hat und in dieser symptomlosen Zeit viele andere anstecken kann. Und der wichtigste Unterschied – gegen Grippe-Viren gibt es eine Impfung. Gegen Corona-Viren gibt es bisher - nichts. Nicht in der Medizin, jedenfalls.

Aus den Untersuchungen des Erbguts des neuen Corona-Virus und dem bisherigen Verlauf der Epidemie kann man nur den Schluss ziehen, dass sich eine Ansteckung mit dem neuen Corona-Virus sehr schnell verbreitet, das neue Virus ist hoch infektiös. Es verbreitet sich über Tröpfchen der Atemluft beim Husten und Niesen aber auch beim Sprechen, es überlebt eine gewisse (noch nicht genau bekannte) Zeit auf Plastik und Metall, also den unzähligen Dingen, die wir jeden Tag berühren.

Vieles ist ungewiss und das kann auch in diesem Augenblick nicht anders sein. Einiges kann man nach dem bisherigen Verlauf der Epidemie auf der Welt sagen:

Die Infektion mit dem neuen Corona-Virus wird für die große Mehrheit der Menschen nicht viel schlimmer sein als eine Erkältung. Nur bei ca. 5-10 % der Infizierten verläuft die Infektion schwer, sie müssen in die Klinik (wo es allerdings derzeit noch keine spezifische Behandlung gibt), viele dieser Patienten brauchen Intensivbehandlung. Besonders gefährdet sind ältere Menschen (schwer zu sagen, ab wann jemand „älter“ ist, vermutlich über 65) und solche mit Vorerkrankungen des Herzens, des Kreislaufs, der Lunge, Krebs oder Erkrankungen die das Immunsystem betreffen. Von diesen sterben nach derzeitigem Wissensstand 20 %.

Die Mutter der Seuche: ein schwaches und unfähiges Staatswesen, das die Interessen der Konzerne bedient.

Womit wir zur sozialen Seite der Frage kommen. Was Herr Spahn und die Corona der regierenden Unverantwortlichkeit bisher unternommen haben, lässt sich bequem unter dem Stichwort Quarantäne (zu Deutsch: einsperren) zusammenfassen.

Seit den Zeiten der Pest (auch sie ist noch nicht Vergangenheit), ist bekannt, dass Quarantäne – wenn man sonst schon nichts tun kann – hilft, die Verbreitung einer Seuche zu verzögern. Wird die Quarantäne früh und drastisch und konsequent genug angewendet, dann kann sie eine Seuche sogar auf einen bestimmten räumlichen Bereich beschränken.

So ist es auch mit der gegenwärtigen Corona-Epidemie. Wenn man die staatliche Sorge für die Gesundheit der Menschen aufgegeben hat und das Gesundheitswesen, soweit es um die Bekämpfung von Volkskrankheiten und eben massenhaften Seuchen, weitgehend abgewrackt hat, wenn man so weit ist, wie es hierzulande sind, dann sind Quarantäne-Maßnahmen das letzte Wort des Staates – und das Einzige, was gegenwärtig einen gewissen Schutz bietet. Seit dem großen Pestausbruch 1347 sind siebenhundert Jahre vergangen. In dieser Zeit haben Klassenkämpfe stattgefunden, haben die Werktätigen sich demokratische Rechte und Freiheiten erkämpft. In diesen siebenhundert Jahren haben wir die Natur und ihre Gesetze besser verstanden. Die Gesundheit der Menschen war nicht mehr wehrlos dem Wetter, dem Kartoffelkäfer und der Pest ausgeliefert. Als Folge der Pest sind in Europa die Universitäten entstanden. Die schließen wir heute wieder, wie alle anderen Einrichtungen zum Lernen.

Was für ein Elend. Was für eine Schande.

Nichts hat dieser Staat der IG Farben Erben getan, um sich zum Beispiel vorzubereiten auf die in letzter Zeit immer häufiger auftretenden Virusepidemien. Tests? Fehlanzeige. Breite Impfaktionen? Ebenso Fehlanzeige. (Erst bei den Masern hat man in letzter Minute und ohne große Lust die Notbremse gezogen.) Effektive Strukturen im Gesundheitswesen? Ja wozu denn? Gesundheitsämter, Seuchenschutz, Forschung? Lieber hat man die gesamtstaatliche Aufgabe des Gesundheitswesen privaten Konzernen zum Abnagen hingeworfen, hat Pflegenotstand und Ärztemangel achselzuckend hingenommen – und zwingt jetzt, die Beschäftigten im Gesundheitswesen Überstunden zu schieben (Schutzausrüstung sind demnächst nicht mehr ausreichend vorhanden, vielleicht werden sie nach Gehaltsstufe zugeteilt), wenn nicht ohnehin gleich das Arbeitszeitgesetz (ebenso wie das Ladenschlussgesetz) zum entbehrlichen Zivilkram erklärt wird, der den Krieg gegen das Corona-Virus nur behindert. Da lässt man die Medizingeräte-Industrie heillos Geld verdienen, indem man sündteure Beatmungsmaschinen kauft (oder überhaupt erst produzieren lässt). Doch die beatmen bekanntlich ihre Patienten nicht „von allein“, es braucht erfahrenes und geschultes Personal – und das gibt es viel zu wenig. Da erregt man sich publikumswirksam darüber, dass ein Tübinger Unternehmen, das vielleicht und hoffentlich dabei ist, einen Corona-Impfstoff zu entwickeln, für eine Milliarde den erhofften Impfstoff ausschließlich an Trump verkaufen sollte. Und ist zufrieden damit, es in der sicheren Hand ausgerechnet einer Investitionsfonds-Gesellschaft (aber mit deutscher Beteiligung, na klar) zu wissen. Da lässt man ein Finanzierungssystem für die Kliniken weiterlaufen, das technische Heldentaten belohnt (je komplizierter der Eingriff, je größer die Materialschlacht, desto mehr müssen die Kassen zahlen), und das, wird nichts geändert, dazu führen wird, dass Kliniken, die sich um die wenig ertragreichen Corona-Patienten kümmern, pleite gehen.

Was getan werden könnte und müsste, ist grenzenlos. Nicht nur für die gegenwärtige Seuche, auch für zukünftige, die kommen werden.

Was getan wird ist inkonsequent, nutzlos, ist der Seuchentod für die Demokratie. Das wird allenfalls die Bedingungen für den gemeinsamen Kampf der Werktätigen zerstören. Und das soll es ja auch.

Man fordert die Fische auf, gefälligst die Flüsse zu verlassen, um das Überleben zu sichern. Vor allem das der Fischer.



Herausgeber: Kolleginnen und Kollegen aus Münchner Betrieben und Dienststellen, die zusammenarbeiten, um über Organisationsgrenzen hinweg unsere Revolutionäre Front zu formieren.
Tel. 0160 90 75 91 68



<https://revolutionaere-front-muenchen.com/>